

# Zivilgesellschaftliches Engagement als Lernort der Demokratie

Ansgar Klein

## Zusammenfassung

*Das non-formale und informelle Lernen in den Handlungs- und Erfahrungsräumen des Engagements führt zu Kompetenzgewinnen. Das Konzept der „lokalen Bildungslandschaften“ strebt Synergiegewinne der formalen und der nonformalen Bildungskontexte durch strategische Kooperation an. Doch Erfahrungen der „Selbstwirksamkeit“ ermöglichen auch politische Lernprozesse in den Handlungsräumen der Zivilgesellschaft. Zivilgesellschaftliche Praxis eröffnet – gerade auch bei möglichen Konflikten – einen Lernhorizont von Kooperation und Solidarität. Es gilt daher die Aufgaben und Zugänge zu den Kompetenzen einer „Civic Education“ in den zivilgesellschaftlichen Infrastrukturen und lokalen Bildungslandschaften systematisch zu verankern. Das sollte auch Bestandteil eines integrierten Curriculums für das Hauptamt in den Infrastrukturen der Zivilgesellschaft werden.*

## 1. Bildungspolitische Zugänge

Dass in den Handlungsräumen der Zivilgesellschaft Lernprozesse stattfinden, ist eine zentrale, weit zurückreichende und immer wieder aktualisierte Erfahrung der vielfältigen Akteurslandschaft organisierter Zivilgesellschaften. In den Vereinen und Verbänden, in den NGOs, in den Stiftungen und Bürgerstiftungen erfolgen handlungs- und erfahrungsbezogene Lernprozesse in einem „Ernstfall“ von jeweils auch praktischer Relevanz. Die Reflexion und Vermittlung der in den jeweils eigenen Praxisfeldern erworbenen Kompetenzen erfolgt in Prozessen der Selbstorganisation und führt oftmals auch zur dauerhaften Institutionalisierung von auf den jeweils eigenen Fokus zugeschnittenen Bildungseinrichtungen seitens zivilgesellschaftlicher Träger (Forschungsjournal 1996). Das Engagement im Feld Bildung ist daher auch aktuell von hoher Relevanz (Priemer 2015).

Die Bildungsforschung kann die jeweils stattfindenden Lernprozesse mit Blick auf die erworbenen Kompetenzen mittlerweile gut empirisch nachweisen (Düx u. a. 2009). Europaweit hat sich vor diesem Hintergrund mit dem Projekt des „Europäischen Qualifikationsrahmens“ das Vorhaben etabliert, die informell und non-formal

in den Handlungs- und Erfahrungsbezügen des Engagements vielfältig erworbenen Kompetenzen vergleichbar zu machen mit den formal erworbenen Kompetenzen in Schulen und Hochschulen. In Deutschland strebt daher auch der Deutsche Qualifikationsrahmen“ nach einer solchen Vergleichbarkeit Klein/Hugenroth 2013).

Mit den mittlerweile wieder ca. 100.000 Einsatzplätzen einer erweiterten Landschaft von Freiwilligendiensten nach Abschaffung von Wehrpflicht und damit auch Zivildienst entfaltet sich ein Format, das seitens der Zivilgesellschaft explizit als ein zivilgesellschaftlicher Lerndienst verstanden wird und wesentlich auf Freiwilligkeit der Teilnahme beruht (Olk/Klein 2014). Im Zusammenspiel von praktischen Erfahrungen und ihrer immer wieder in speziellen Maßnahmen ermöglichten Reflexion entfaltet sich die seitens der Zivilgesellschaft erwünschten Lernprozesse und Kompetenzgewinne, die wesentlich auch Lerngrundlagen für das künftige eigene Engagement legen sollen. Zudem entwickeln sich in diesen Lernräumen – darauf komme ich zurück – nicht nur beruflich relevante, sondern auch für Demokratie und Gesellschaft relevante Kompetenzen, aber auch Haltungen und Werte.

Der nach Wegfall des Zivildienstes neu geschaffene Bundesfreiwilligendienst ist geöffnet für alle Altersgruppen. Antragsberechtigt sind auch alle bisherigen Einsatzstellen des früheren Zivildienstes. Nicht erfolgt ist bisher eine durch Kriterien gesteuerte Auswahl der Tätigkeitsprofile nach ihren Lerneffekten und -wirkungen. Weiterhin sind alle früheren Einsatzstellen des früheren Zivildienstes antragsberechtigt, so dass zahlreiche Kommunen hier schlicht einen „Ersatz des Ersatzdienstes“ begrüßt haben. Was dabei oftmals zu kurz kommt, ist die lernorientierte Auswahl von Tätigkeitsprofilen, um das zeitintensive Lerndienst-Format der Freiwilligendienste als eine besondere Form des Bürgerschaftlichen Engagements besser zu nutzen.

Erste Evaluationen des neuen Bundesfreiwilligendienstes ergaben, dass in Ostdeutschland ca. 80 Prozent der Einsatzplätze von älteren Menschen in Arbeitslosigkeit als Chance begriffen und wahrgenommen werden. Darauf sollte systematisch und praktisch wirksam reagiert werden. Doch scheint stattdessen nach wie vor die auch im Zivildienst relevante Logik der Kostenersparnis die Tätigkeitsprofile v.a. einfacher Aufgaben oftmals festzulegen. So werden weiterhin wichtige Ressourcen eines zivilgesellschaftlichen Lerndienstes nicht genutzt.

Dies gilt auch für Formen einer Beschäftigungspolitik, die die Lerneffekte des Engagements abruf, ohne die zivilgesellschaftlichen Lernfelder zu instrumentalisieren, und sie in ihrem Eigensinn respektiert. Zentral ist die Freiwilligkeit des Engagements auch in beschäftigungspolitischen Arrangements. Sofern dieser Eigensinn des Engagements respektiert wird, können sich auch in einer „neuen Beschäftigungspolitik“ die Lerngewinne des Engagements entfalten (dazu Klein/Röbke 2018).

## 2. Lokale Bildungslandschaften

Die Befunde über das Lernen durch Engagement wie auch die Bedeutung eines handlungs- und erfahrungsbezogenen Lernens haben in der Bildungsdebatte zu den Diskussionen über „lokale Bildungslandschaften“ oder „kommunale Bildungslandschaften“ geführt. Stand am Anfang das Bemühen im Vordergrund, die Schule (wie

auch Kitas und Hochschulen) als „Schule der Bürgergesellschaft“ zu verstehen und zu entwickeln (Hartnuß/Hugenroth/Kegel 2013), so war es nun die Frage, wie denn ein synergetisches Zusammenspiel der formalen und nonformal/informellen Lernorte vor Ort in Stadt und Land organisiert werden kann. Dies erfordert komplexe Vernetzungskompetenzen in nachhaltigen lokalen zivilgesellschaftlichen Infrastrukturen (Klein/Schwalb 2019).

### **3. Herausforderungen einer Civic Education: Die Bedeutung von Wissens- und Erfahrungsbezügen für die Ausbildung von demokratischen Werten und Haltungen**

Die besondere Bedeutung von Handlungs- und Erfahrungsbezügen gerade für das politische Lernen ist seit langem ein Thema der politischen Bildung. Ausgelöst durch die neuere Demokratiepädagogik, die die Bedeutung von Erfahrungen der „Selbstwirksamkeit“ für das politische Lernen hervorhebt, ist Engagement als politischer Lernort noch deutlicher bewusst geworden. Diese Diskussion verlief parallel zu der Diskussion darüber, wie politisch denn Engagement (etwa im Sinne des Gemeinnützigkeitsrechts) ist und welcher Zusammenhang zwischen Engagement und Partizipation besteht (Klein/Sprengel/Neuling 2016). Didaktisch kann dabei an zahlreiche bereits bestehende Bezugspunkte der politischen Bildung angeknüpft werden (zum Diskurs siehe Klein 2013; 2016, 2017).

Für die politische Bildung ist die Einsicht von zentraler Bedeutung, dass die Entwicklung prodemokratischer Haltungen und Werte ohne Rückgriff auf eigene Erfahrungen – auch auf Konflikterfahrungen – kaum gelingen kann. Daher ist gerade die politische Bildung in besonderem Maße darauf angewiesen, Anschluss an den Diskurs der kommunalen Bildungslandschaften finden – und sie hat dies natürlich auch bereits getan! Die Erfahrung und Anschaulichkeit, der wertgebundene Motivationshorizont praktischer Gestaltung, mögliche Konflikterfahrungen – und Erfahrung, solche Konflikte zufriedenstellend zu lösen –, Zugangsprobleme zu politischer Öffentlichkeit und, wenn nötig auch zu Entscheidungen: All dies gehört zur jeweiligen Lernagenda.

In kommunalen und lokalen Bildungslandschaften in Stadt und Land kann also formales mit non-formalem, informellen Lernen wie auch handlungsentlastetes Lernen mit Lernen in Erfahrungs- und Handlungszusammenhängen verbunden werden. Werte und Haltungen der Demokratie (Klein 1995) erfordern reflektierte Erfahrungsbezüge bei der Gestaltung der Gesellschaft zumindest im Kleinen – laut Freiwilligensurvey der Bundesregierung ein bereits mehrfach erhobenes zentrale Motiv für Engagement.

Die Organisation solcher lokalen und kommunalen Bildungslandschaften kann auf die Erfahrungen der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung ebenso zurückgreifen wie auf die Erfahrungen der zivilgesellschaftlichen Träger, doch gilt es den Mehrwert dieser synergetischen Lernnetzwerke vor Ort unter Bedingen der Digitalisierung noch systematisch zu entfalten.

#### 4. Wie normativ ist das Konzept der Zivilgesellschaft? Herausforderungen durch Menschenfeindlichkeit und Nationalismus

Seit den 1970er Jahren hat sich das Konzept der Zivilgesellschaft weltweit etabliert – es beschreibt Handlungsräume jenseits von Staat, Markt und Privatsphäre und eine dort dominante Handlungslogik von Solidarität (statt Macht und Geld). Soziale Bewegungen, die Frauenbewegung und auch die internationalen NGOs gehören zu den Thementreibern des Diskurses der Zivilgesellschaft (Klein 2001).

Normativ knüpft das Konzept der Zivilgesellschaft sowohl an liberale als auch an republikanische Traditionen des politischen Denkens an. Analytisch beschreibt es Akteure wie auch intermediäre Handlungsräume von Zivilgesellschaft und Staat (Forschungsjournal 2018; Klein/Schmalz-Bruns 1997) und von Zivilgesellschaft und Wirtschaft (Forschungsjournal 2016). Die aktuelle Debatte über „Shrinking Spaces“, über den Verlust von Handlungsräumen der Zivilgesellschaft in mehr als 60 Staaten der Welt, macht die auch politische Relevanz analytischer Betrachtung von Entwicklungen der Zivilgesellschaft deutlich.

In den jüngeren Debatten über den aktuell dynamischen Rechtspopulismus und dessen oftmals engen Bezüge zu Menschenfeindlichkeit, Nationalismus und Rassismus wurde aus guten Gründen ein normativ überfrachtetes und damit analytisch teilweise blindes Zivilgesellschaftsverständnis kritisiert. Doch ohne eine normative Basis wäre jegliches Verständnis von Zivilgesellschaft unzureichend: Zivilgesellschaft erfordert den Aufbau von Sozialkapital nicht nur für homogene Gruppen (bonding social capital), sondern auch zwischen heterogenen Akteuren, Gruppen und Organisationen (bridging social capital). Als Erbe des liberalen wie auch des republikanischen Diskurses bilden negative Freiheitsrechte (Schutzrechte) zusammen mit den positiven Freiheitsrechten, über die öffentliche und intermediäre Räume konstituiert werden (Presserecht, Versammlungsfreiheit etc.), die Eckpole eines normativen Selbstverständnisses im Konzept der Zivilgesellschaft. Menschenrechte und Bürgerrechte sind dabei konstitutive normative und politische Bezugspunkte (Klein 2001).

Dennoch können in einer analytischen Optik diese normativen Grundverständnisse nicht einfach auf die einzelnen Akteure und Organisationen übertragen werden, die in den Handlungsräumen der Zivilgesellschaft tätig sind. Ohne Zweifel werden diese Handlungsräume auch besetzt von Akteuren, die intolerant, menschenfeindlich, rassistisch und nationalistisch sind und auch dazu bereit, mit Gewalt ihre Meinungen durchzusetzen. Dieser analytische Sachverhalt darf aber nicht dazu führen, die normativen Bezüge des Zivilgesellschaftskonzepts als marginal und gar für überflüssig zu erklären: Gerade die Vielfalt der Akteure in den Handlungsräumen der Zivilgesellschaft erfordert für deren oft notwendiges Zusammenspiel Spielregeln und gemeinsame Werte, zu denen insbesondere der Verzicht auf Gewalt und die Toleranz gegenüber unterschiedlichen Meinungen gehören.

Von besonderer Bedeutung für das politische Lernen in den Handlungsräumen der Zivilgesellschaft sind die Bereitschaft und die Fähigkeit, sich in die Perspektive der jeweils anderen hineinzusetzen und – auch mit Hilfe von Kompromissen – gemeinsame Lösungen zu finden und Kooperationen einzugehen. Diese Fähigkeit ist

die Grundvoraussetzung aller zivilgesellschaftlichen Beteiligungsprozesse: In der zivilgesellschaftlichen Praxis gilt dies schon bei nachbarschaftlichen Vorhaben und wird natürlich in den Handlungsarenen von Stadt, Land, Bund und Europa zur Voraussetzung von Partnerschaft, Kooperation, Bündnissen und Allianzen.

Insbesondere die hier mittlerweile bestehenden zahlreichen deliberativen Formate, in denen es um die inklusive Berücksichtigung aller Betroffenen und das Auffinden guter Argumente geht, setzen die Fähigkeit, die Perspektive des jeweils anderen nachzuvollziehen, ebenso voraus wie die Bereitschaft, gute Gründe rational zu erörtern.

### **5. Bildungspolitische, engagement- und demokratiepolitische Herausforderungen: Zur Bedeutung nachhaltiger zivilgesellschaftlicher Infrastrukturen**

Wie aber können die Aufgaben und Zugänge zu den Kompetenzen einer „*Civic Education*“ in den zivilgesellschaftlichen Infrastrukturen und lokalen Bildungslandschaften systematisch verankert werden? Erforderlich in jeglicher weiter greifenden Umsetzungsperspektive ist dafür die Kooperation der Bildungspolitik mit den neuen und noch fragilen Politikfeldern der Engagement- und Demokratiepoltik (zur Engagementpolitik Olk/Klein/Hartnuß 2010).

Derzeit laufen die engagement- und demokratiepolitischen Diskussionen leider oft in parallelen politischen Universen unter Missachtung zentraler gemeinsamer Bezugspunkte wie auch Infrastrukturen. Demgegenüber gilt es die Gemeinsamkeiten zu betonen und auch institutionell abzusichern – etwa in Stadtparlamente, Landtagen und Deutschen Bundestag durch einen gemeinsamem Hauptausschuss für Engagement- und Demokratiepoltik unter Einbezug auch des Umgangs der Zivilgesellschaft mit unzivilen Haltungen und Praxen in den eigenen Handlungsräumen. Insofern ist Institutionenpolitik ganz zentral für die Performance der neuen Politikfelder, die derzeit zumeist im Windschatten anderer Themen bearbeitet werden und von den zentralen Parteiakteuren immer noch als „Marginal“ erachtet werden.

Ein Blick auf die aktuellen förderpolitischen Rahmenbedingungen macht deutlich, wo zentraler Handlungsbedarf auch besteht: bei der fehlenden Kompetenz des Bundes im föderalen Deutschland, lokal zivilgesellschaftliche Infrastrukturen dauerhaft zu fördern. Das sog. „Kooperationsverbot“, das für die Förderung von Engagement und Partizipation aktuell gilt, verbietet eine Förderung durch den Bund jenseits von Modellprojekten. Hintergrund der Föderalismusreform, die auch das Kooperationsverbot begründete, war die oft missliche Erfahrung der Länder, bei Bundesförderungen immer mehr top-down-Steuerung durch den Bund hinnehmen zu müssen. Doch erforderlich ist eine systematische zivilgesellschaftliche Strukturpolitik in Verbindung mit einer unterstützenden förderpolitischen Rahmung.

Eine der Hauptaufgaben des 2002 gegründeten Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist es, seine Mitglieder aus Zivilgesellschaft, Staat und Kommunen, aus Wirtschaft, Medien und Wissenschaft in den gemeinsamen Austausch von Erfahrungen, Interessen und Vorhaben zu bringen und so eine gemeinsame zivilgesellschaftliche Strukturpolitik zu stärken, die jenseits der Vielfalt zivilge-

sellschaftlicher Handlungsfelder mit jeweils auch besonderen Anliegen und Interessen (Sport, Soziales, Kultur, Bildung, Ökologie...) gemeinsame Infrastrukturbedarfe identifiziert. Eine andere Aufgabe ist es, die neuen Politikfelder der Engagement- und Demokratiepoltik als Querschnittsthemen in der ganzen Breite der zivilgesellschaftlichen Themenfelder zu verankern.

Zivilgesellschaftliche Infrastrukturen gibt es in Vereinen und Verbänden und deren Einrichtungen, doch auch außerhalb von ihnen als übergreifendes Angebot für alle Engagementbereiche, auch für den Bereich eines wachsenden informellen Engagements. Immer dringlicher wird seitens der Fachhochschulen und Hochschulen die Anfrage an den Ausbildungsbedarf für das künftige Hauptamt in zivilgesellschaftlichen Infrastrukturen. Deutlich wird der Bedarf nach einem integrierten Curriculum.

Zentrale Kompetenzanforderungen für das oftmals hautamtliche Personal dieser Infrastruktureinrichtungen liegen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) in:

- Zugang zu Zivilgesellschaft in der Vielfalt der Formen
- Zugang zu Staat/Kommune und Wirtschaft
- Vernetzungskompetenzen
- Inklusion
- Information und Beratung (insbesondere: Freiwilligenmanagement)
- Digitale Kompetenzen
- Kompetenzen in Kooperationen innerhalb lokaler Bildungslandschaften
- Umgang mit Übergängen zwischen Erwerbsarbeit und Engagement
- Koproduktionen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge

Nachhaltige zivilgesellschaftliche Infrastrukturen benötigen ein kompetentes Hauptamt und entsprechende Aus- und Fortbildungen. Um dies umzusetzen, ist eine dauerhafte Bundesförderung nötig – weg von der kommunalen „freiwilligen Aufgabe“ mit den entsprechenden Planungsunsicherheiten. Eine institutionelle Verbindung der Themen Engagement und Partizipation im Rahmen politischer Befassung in Kommune, Ländern und Bund wäre hilfreich, um Zusammenhänge beider Themen zu wahren und synergetisch fortzuentwickeln. Die hier im Mittelpunkt stehenden Zusammenhänge moderner Bildungspolitik mit den jungen Feldern der Engagement- und Demokratiepoltik erfordert entsprechende kommunale Vernetzung und gemeinsame Praxis in wachsenden kooperativen lokalen Bildungslandschaften. Für die politische Bildung stellt sich die Herausforderung, als Partner in lokalen Bildungslandschaften die Lernprozesse eng zu begleiten und auch die Auseinandersetzung über unzivilisierte Haltungen und Werte zu führen.

Der Aufbau solcher lokalen Bildungslandschaften beschäftigt seit geraumer Zeit bereits einen Verbund von Stiftungen im Themenfeld Bildung (Süss 2015). Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement arbeitet derzeit mit Bund und Ländern an einer Intensivierung des Austauschs mit den bestehenden Netzwerken für Engagement und Partizipation in den Ländern. Der vernetzte Austausch ermöglicht die Bewertung des breiten Erfahrungsspektrums und eine engagement- und demokratiepolitische Bewertung (Olk/Rüttgers 2015; Klein/Olk 2015). Dabei sollen Fragen der Engagement- und Demokratiepoltik integriert betrachtet und auch wichtige Quer-

schnittsthemen wie Bildung oder Digitalisierung systematisch zusammen mit den jeweiligen Verantwortungsträgerinnen und -trägern in Bund und Ländern besprochen werden.

## Literatur

- Düx, Wiebken/Prein, Gerald/Sass, Erich/Tully, Claus J. 2009: Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement. Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter. (2. Auflage) Wiesbaden.
- Forschungsjournal Soziale Bewegungen (1996): Soziales Handeln und politisches Lernen. Jg. 9, Heft 3/1996.
- Forschungsjournal Soziale Bewegungen. Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft (2016): Zivilgesellschaft und Kapitalismus, Jg. 29, Heft 3.
- Hartnuß, Birger/Hugenroth, Reinhild/Kegel, Thomas (Hg.) 2013: Schule der Bürgergesellschaft. Bürgerschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen: Schwalbach/Ts.
- Klein, Ansgar (1995): Der Wertewandel als Herausforderung der politischen Kultur. Annäherungen an den inneren Zustand der deutschen Republik. In: Ders. (Hg.): Grundwerte in der Demokratie. Köln-Bonn 1995.
- Klein, Ansgar (2001): Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung. Opladen.
- Klein, Ansgar/Olk, Thomas/Hartnuß, Birger 2010: Engagementpolitik als Politikfeld: Entwicklungserfordernisse und Perspektiven. In: Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Opladen, S. 24-59.
- Klein, Ansgar/Hugenroth, Reinhild 2013: Kompetenzbilanz und freiwilliges Engagement: Ein Diskurs im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) schreitet voran. In: Marcus Flachmeyer/Andreas Schulte Hemming (Hg.): Den Schatz der Erfahrungen heben. Kompetenzbilanzen und bürgerschaftliches Engagement (In Kooperation mit dem BBE), S. 167-173, Schriftenreihe Praxisbücher, Bd. 1, Münster.
- Klein, Ansgar 2013: Politische Bildung. In: Hartnuß, Birger/Hugenroth, Reinhild/Kegel, Thomas (Hg.): Schule der Bürgergesellschaft. Bürgerschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen, Schwalbach/Ts., 113-124.
- Klein, Ansgar/Olk, Thomas (2015): Transsektorale Vernetzung und assoziative Demokratie. Erfahrungen des BBE. In: Embacher, Serge/Lang, Susanne (Hg.): Recht auf Engagement. Plädoyers für Bürgergesellschaft, Bonn, S. 77-92.
- Klein, Ansgar (2016): Räume der Selbstwirksamkeit als Orte demokratischen Lernens – Herausforderungen der Engagement- und Demokratiepoltik als zivilgesellschaftlicher Strukturpolitik und Gesellschaftspolitik, in: BBE (Hg.): Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland, 23/2016.
- Klein, Ansgar (2017): Interview mit Ansgar Klein, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement: Engagement für Integration stärken. In: Weiterbildung: Zeitschrift für Grundlagen, Praxis und Trends, Ausgabe 2, April/Mai, Jg. 28, S. 6-8.
- Klein, Ansgar (2018a): Unterm Radar – Mikro-Engagement und sozialer Zusammenhalt. In: BBE (Hg.): Newsletter für Engagement und Partizipation, Nr. 7.
- Klein, Ansgar/Röbke, Thomas (2018): Monetarisierung und Engagement. Ausblicke auf die Tätigkeitsgesellschaft. In: Klein, Ansgar/Sprengel, Rainer/Neuling, Johanna (Hg.): Jahrbuch Engagementpolitik 2018. Frankfurt/M., S. 99-110.
- Klein, Ansgar/Schwalb, Lilian (2019): Engagement als Schlüssel für den Erfolg in kommunalen Bildungslandschaften. In: Klein, Ansgar/Sprengel, Rainer/Neuling, Johanna (Hg.): Jahrbuch Engagementpolitik 2019. Frankfurt/M.

- Olk, Thomas/Klein, Ansgar 2014: Bildung in Freiwilligendiensten: In: Journal für politische Bildung, Heft 2/2014, S. 18-25, Schwalbach/Ts.
- Olk, Thomas/Rüttgers, Martin (2018): Netzwerke der Engagementförderung. Netzwerkanalysen mit dem Fokus auf die 16 Bundesländer. Frankfurt/M.: S. 7-9.
- Priemer, Jana 2015: Zivilgesellschaftliches Engagement für Bildung. Hg. von Ziviz, Stifterverband, Berlin.
- Süss, Sabine (2015): Vom Stiftungsverbund Lernen vor Ort zum Netzwerk Stiftungen und Bildung im Bundesverband Deutscher Stiftungen. In: BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland, Berlin.